

stenz, die Geschichte und die Mission Israels, sein Überleben in der Geschichte, seine Erwählung und seine Berufung und die vom NT anerkannten Privilegien Israels studieren.«

Professor Federici bestand darauf, dass katholischerseits, in Entwicklung der in der Erklärung über die Juden des Zweiten Vaticanums und in den Richtlinien und Hinweisen des Vatikans zur Anwendung dieser Erklärung entworfenen Richtlinien die folgenden Themen deutlicher herausgestellt werden: 1. Dauer des Judentums in Gottes Plan; 2. Die nicht mehr rückgängig zu machende Haltung der Römisch-Katholischen Kirche in ihrer Beziehung zum Judentum; 3. Die neue Haltung der Römisch-Katholischen Kirche, die den Dialog mit dem jüdischen Volk »ohne geistige Einschränkungen« fördert.

Als Antwort auf die Darlegung von Professor Federici bemerkt Rabbiner Henry Siegman, New York, dass es sich dabei um ein katholisches Dokument handle, das Fragen katholischer Theologie behandelt. Als solches stellt seine vorbehaltlose Verurteilung des Proselytismus und seine Verwerfung »aller Versuche, irgendwelche Organisationen für die Bekehrung von Juden zu schaffen«, in der Römisch-Katholischen Kirche eine bedeutende Entwicklung dar, die dazu bestimmt ist, zu einem tieferen Verständnis zwischen den beiden Glaubensweisen beizutragen.

Professor Shemaryahu Talmon von der Hebräischen Universität in Jerusalem informierte die Konsultation über ein Studienprogramm unter der Mitwirkung und Schutzherrschaft sowohl des Päpstlichen Bibelinstituts in Rom als auch der hebräischen Universität. Das Programm sieht den Aufenthalt von Studenten des Päpstlichen Instituts an der Hebräischen Universität während zweier Semester intensiven Studiums der hebräischen Sprache, der Bibel, der jüdischen Geschichte, Geographie und Archäologie vor. Nach Professor Talmon dient dieses Programm als Modell für die Einrichtung ähnlicher Programme in Israel und in den europäischen Ländern.

Die katholischen Bischöfe Westdeutschlands haben kürzlich eine ständige Arbeitsgruppe über »Kirche und Judentum« ernannt, die den Dialog mit dem jüdischen Volk fördern will. Dies war Gegenstand einer Mitteilung von Msgr. Karl B. Flügel, Weihbischof von Regensburg. Das Thema »Israel und das Judentum« war einer der regelmässigen Bestandteile der Katholikentage.³

Théodore Freedman, New York, gab in einem Bericht für das Verbindungskomitee Aufschluss über verschiedene aktuelle Bildungsprogramme zur Förderung des Verständnisses von Juden und Katholiken in den USA. Er machte darauf aufmerksam, dass die mit den interreligiösen Beziehungen befassten katholischen und jüdischen Institutionen besonders darauf bedacht seien, ein systematisches Studium über Juden und Judentum in den Erziehungsinstituten in ihre Lehrpläne aufzunehmen.

In Lateinamerika wird der Dialog zwischen katholischer Kirche und Judentum auf höchster Ebene von der lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM) und den Vertretern der jüdischen Gemeinschaften Lateinamerikas geführt. Jorge Mejia behandelte dies in seinem Bericht. Die jüdischen Mitglieder und das Verbindungskomitee gaben ihrer Anerkennung Ausdruck für die den Juden Lateinamerikas durch die katholische Kirche zuteilgewordene Unterstützung angesichts antisemitischer Vorgänge in diesem Kontinent.

Die jüdische Gemeinschaft in Venedig gab einen Empfang zu Ehren der Mitglieder des Verbindungskomitees in der Casa Cardinale Piazza. Die Ehrengäste waren

Kardinal Albino Luciani, Patriarch von Venedig, der persönliche Stellvertreter des Bürgermeisters von Venedig und die Rabbiner von Padua und Triest.

Anwesende Konferenzteilnehmer:

Von jüdischer Seite:

Mitglieder

Rabbiner Henry Siegman, geschäftsführender Vizepräsident des Synagogue Council der USA (New York) – Dr. Gerhart Riegner, Generalsekretär des World Jewish Congress (Genf) – Zachariah Shuster, Konsultor des American Jewish Committee, Paris – Dr. Joseph L. Lichten, Konsultor der B'nai B'rith (Rom) – Prof. Shemaryahu Talmon, Präsident des Jewish Council for Interreligious Relations in Israel (Jerusalem) –

Experten

Fritz Becker, World Jewish Congress (Rom) – Rabbiner Balfour Brickner, Union of American Hebrew Congregations (New York) – Dr. Ernst Ludwig Ehrlich, Europa-Direktor der B'nai B'rith (Riehen, Schweiz) – Théodore Freedman, Direktor des Bezirks der B'nai B'rith (New York) – Abraham Karlikow, Europa-Direktor des American Jewish Committee (Paris) – Rabbiner Mordecai Waxman, Präsident des Interreligiösen Komitees des Synagogue Council der USA (New York) –

Von katholischer Seite:

S. E. Mgr. Torrella, Vizepräsident des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen (Rom) –

Mitglieder

Mgr. Charles Moeller, Vizepräsident der vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen der katholischen Kirche mit dem Judentum und Generalsekretär des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen (Rom) – Bernard Dupuy OP, Sekretär der Kommission für die Beziehungen zum Judentum der französischen Bischofskonferenz und Direktor der »ISTINA« (Paris) – Roger Le Deaut CSSp, Professor für chaldäisch-aramäische Literatur am Päpstlichen Bibelinstitut (Rom) – S.E. Mgr. Karl B. Flügel, Weihbischof (Regensburg) – Jorge Mejia, Sekretär der vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden (Buenos Aires) – S. E. Mgr. Francis J. Mugavero, Bischof von Brooklyn, N. Y.

Experten

Professor Tommaso Federici, Professor für biblische Theologie, Konsultor der Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden (Rom) – Mgr. Georges Higgins, Sekretär für Studien der nordamerikanischen römisch-katholischen Bischofskonferenz (Washington D. C.) – Mgr. Pietro Rossano, Generalsekretär des vatikanischen Sekretariats für die Nicht-Christen und Konsultor der Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden (Rom) – Mgr. Eric Salzmann, Sekretariat für die Förderung zur Einheit der Christen (Rom).

7 Umstrittene christliche Missions-tätigkeit in Israel*

apr. Jerusalem, im März 1978

Am 1. Januar dieses Jahres sandte der Vereinigte Rat der Christen in Israel ein Protesttelegramm an Ministerpräsident Begin, das sich in scharfen Worten gegen die Verabschiedung des sogenannten *Antimissionsgesetzes*

* Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion entnommen der »Neuen Zürcher Zeitung«, Nr. 54, 6. 3. 1978.

wandte. Das Gesetz, das von dem orthodoxen Rabbiner und Agudat-Israel-Abgeordneten *Yehuda Meir Abramowitz* initiiert wurde und am 1. April in Kraft tritt, bedroht alle mit 5 Jahren Gefängnis, die jemanden mit Geldangeboten oder anderen materiellen Vergünstigungen zum Übertritt zu einer anderen Religion überreden; nimmt jemand das Angebot an, wird er mit 3 Jahren Gefängnis bestraft. Das Gesetz hat eine beachtliche Kontroverse ausgelöst und belastet das Verhältnis zwischen dem Staat Israel und seinen 80 000 Christen.

Grenzen der Toleranz

Verabschiedet wurde das Gesetz Ende Dezember, gerade zu einer Zeit, als der Nahe Osten und die Zukunft Jerusalems wieder Schlagzeilen machten. Im jüdischen Staat leben Christen und Moslems als Minoritäten. Die Stadt *Jerusalem* ist allen drei Religionen heilig. Mit dem kaum gerechtfertigten Vorwurf, die Interessen von Christen und Moslems in Jerusalem würden unter jüdischer Herrschaft nicht genügend berücksichtigt, fordert auf der einen Seite der Vatikan eine internationale Lösung und fordern auf der anderen Seite die arabischen Staaten Rückkehr der Altstadt mit all ihren heiligen Stätten einschliesslich der christlichen Grabeskirche und der jüdischen Klagemauer unter arabische Souveränität. Beide Lösungen werden von Israel strikt abgelehnt, da man den Zugang zur Klagemauer und zum jüdischen Viertel der Altstadt auf keinen Fall aufs Spiel setzen möchte. Israel war immer daran gelegen, zu beweisen, dass es das Prinzip »Leben und leben lassen« beherzige. Daher wird es sich in die Angelegenheiten der anderen Religionsgemeinschaften nicht einmischen, jede ihre eigenen Angelegenheiten verwalten lassen und anderen keine Übergriffe gegen die eigenen Interessen gestatten.

Obwohl das neue Gesetz die Christen nicht beim Namen nennt und generell alle Religionsgemeinschaften vor missionarischen Bestechungsmethoden warnt, war von Anfang an klar, gegen wen es gerichtet ist. Während Moslems nicht missionieren und Juden es selbst willigen Kandidaten schwermachen, zum mosaischen Glauben überzutreten, ist das *missionarische Element* ein integraler Bestandteil des Christentums. Caritative Hilfe und soziale Unterstützung sind dabei nie ganz auszuschliessen. Ist das nun schon Bestechung und mit Gefängnis zu bestrafen? fragen sich die Christen in Israel.

Im Widerspruch mit der Unabhängigkeitserklärung

Doch auch liberale Israeli lehnen das Gesetz ab. Es verstösse gegen die israelische Unabhängigkeitserklärung, welche die Grundlage für Israels ungeschriebene Verfassung bildet und in der volle Religionsfreiheit garantiert wird, sowie gegen die Menschenrechte, in denen Verbreitung des Glaubens verbürgt wird. Das Gesetz sei unnötig, weil es das Missionsproblem masslos übertreibe, und dumm, weil man Angeklagten nie etwas beweisen können. Und schliesslich, so sagen die israelischen Kritiker, ist das Gesetz ein zweischneidiges Schwert, das sich auf unerwartete Weise gegen den Staat selbst richten könne. »Der Übertritt zum Judentum bietet dem Konvertiten in Israel mehr materielle Vorteile, als sie christliche Missionare je haben offerieren können«, sagt der der jüdischen Reformbewegung angehörende Schriftsteller *Schalom Ben Chorin*. »Zwar wird niemand expressis verbis zum Übertritt überredet, doch das Rückkehrergesetz ist zweifellos ein Anreiz dazu. Es bietet jüdischen Israel-Einwanderern bei Bedarf freie Überfahrt, zollfreie Einfuhr ihrer Güter für eine bestimmte Zeit, Steuererleichterungen, Schulgelderleichterungen für die Kinder, Hilfe bei der Arbeitssuche und finanzielle Anleihen zu

günstigen Bedingungen für den Wohnungskauf. Alle diese Vorteile sind an die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft bei Einwanderung nach Israel gebunden. Die Vorteile sind von hohem Geldwert, so dass zahlreiche christliche Partner von einwanderungswilligen Diaspora-Juden den Übertritt aus rein materiellen Erwägungen vornehmen. Der Staat und die Jewish Agency, die mit solcher Vorzugsbehandlung für Juden locken, verstossen beide gegen das Gesetz.«

Fragwürdige Praktiken

Für die Befürworter des Gesetzes ist christliche Missionstätigkeit nichts anderes als religiöse Arroganz und eine Bedrohung des zahlenmässig kleinen jüdischen Volkes. »Hätte es die Judenverfolgungen und die Zwangsübertritte von Juden zum Christentum in all den Jahrhunderten nicht gegeben, wären wir heute 170 Millionen anstelle von knapp 13 Millionen«, erklärt der liberale Richter *Gideon Hausner*. Christliche Missionstätigkeit hatte auch in Israel zeitweilig bedenkliche Ausmasse angenommen. Angehörige zahlreicher Sekten hatten es sich zur Gewohnheit gemacht, jüdische Kinder in Slums von der Strasse aufzulesen und die Eltern mit dem Angebot freier Schulbildung, freier Kleidung und Verpflegung dahin zu bringen, ihre Kinder in christliche Missionschulen zu schicken. Die Zahl solcher Kinder, die den Eltern, deren Glauben und ihrer Umgebung in Israel entfremdet wurden, wuchs aufgrund solcher Praktiken eine Zeitlang auf bedrohliche Weise.

Der orthodoxe Rabbiner *Lau* behauptete kürzlich in einer Fernsehsendung über das umstrittene Gesetz, noch immer gebe es in Israel 3600 aktive Missionare verschiedenster Sekten, Hunderte Fälle von offizieller Taufe jedes Jahr und Tausende Fälle von geheimer Taufe. Die Abgeordnete *Schulamit Aloni* legte nun offizielle Zahlen vor. Nach Unterlagen des israelischen Innenministeriums waren 1974 vier, 1975 acht und 1976 wiederum vier Israeli zum Christentum übergetreten. Der israelische Oberrabbiner Goren dagegen habe im Jahre 1977 allein 500 Übertritte zum Judentum betreut. Antwort Rabbiner Lau: »Die Zahl derer, die ihren Übertritt beim Innenministerium registrieren lassen, ist gering. Hunderte von jüdischen Konvertiten haben es vorgezogen, im Ausland überzutreten und dort zu leben.«

Sekten und Privatgruppen

Die grossen, anerkannten Kirchen stehen über dem Verdacht, Mission zu betreiben.¹ Sie haben das nicht nötig und würden ihren Ruf damit nicht gefährden. Missionarisch aktiv sind nach Zeugnissen von Christen und Juden ausschliesslich *kleinere Sekten und Privatgruppen*. Einige bezeichnen sich als »Judenchristen« oder »messianische Juden«, sie betreiben Bibelzentren wie das von Schlomo Hasak, dem ehemaligen Leibwächter von Ben Gurion, auf dem Ölberg und machen sich mit vielen ihrer Publikationen auch bei liberalen Israeli unbeliebt, die im allgemeinen für völlige Religionsfreiheit eintreten. Einige solcher Missionsbroschüren, die in all diesen über Jerusalem verteilten Bibelzentren aufliegen, hatte Rabbiner Lau in die Fernsehdiskussion mitgebracht. Sie alle gaben sich äusserlich wie jüdische Publikationen — hebräisch geschrieben und mit jüdischen Symbolen geschmückt. Erst im Text wird für den Messias Jesus Christus geworben. Diese Form der Werbung stösst auf besonderen Unwillen. Als in höchstem Masse abtossend werden die missionarischen Bilderbücher für jüdische Kinder empfunden. Solche in Israel nicht besonders beliebten *Aussenseitergruppen* sind es, die vielen ignoranten Israeli die gesamte christliche Gemeinde in Israel suspekt vorkommen lassen.

Problematisch ist dabei auch die allgemeine israelische *Unwissenheit* in Sachen Christentum. Nur wenige Seiten in israelischen Geschichtsbüchern sind dem Religionsgründer Christus gewidmet, ebenso wenig übrigens dem Islam. Freundschaftliche Kontakte zwischen Juden, Christen und Moslems sind selbst in Jerusalem, wo alle auf verhältnismässig engem Raum zusammenleben, selten und beschränken sich fast ausschliesslich auf intellektuelle Kreise wie das Interfaith Committee oder den Rainbow Club. In Übernahme ottomanischen Rechts verwaltet jede Religion ihre eigenen Stätten und Angelegenheiten. Das gesamte Personenstandsrecht liegt ausschliesslich in den Händen der Religionsgemeinschaften. Ökumene auf offizieller Ebene ist so gut wie nicht existent.

Probleme zwischen den Religionsgemeinschaften werden fast immer von den *Fanatikern* in allen drei Lagern geschaffen. Während manche jugendliche Moslems besonders gern nach dem Freitagsgebet in der El-Aksa-Moschee steinewerfend durch die Altstadt ziehen und christliche Missionare auf die unbeschriebene Weise jüdische und oft auch moslemische Seelen zu fangen suchen, neigen radikale jüdische Gruppen dazu, christliche Institutionen in Brand zu setzen, Bomben zu legen, Fenster einzuschlagen und Missionsschriften zu verbrennen. Eine dieser Gruppen nennt sich »*Pe'ilim*« (Aktivisten). Sie stellen Listen von christlichen Organisationen auf, die den Verdacht erwecken, Mission zu betreiben, und geben offen zu, dass Gewalt sich manchmal nicht vermeiden lasse. Sie seien zwar nicht gegen Christen im allgemeinen, doch gelte ein Prinzip: »Sei Christ in deinem eigenen Haus, aber versuche nicht, deinen Glauben unter Andersgläubigen zu verbreiten!«

»Man stelle sich einmal vor, solch ein Gesetz, nur gegen jüdische Aktivitäten, würde im Ausland verabschiedet«, gibt der Schriftsteller Schalom Ben Chorin zu bedenken. »Wir würden es sofort als antisemitisch verurteilen. In einer Demokratie kann Religionsfreiheit nicht eingeschränkt werden. In allen demokratischen Ländern der Welt gibt es ständig Übertritte, ohne dass der Staat in den Vorgang eingreift. Solche Eingriffe würden vor allem von den Juden, die als Minderheit überall auf Toleranz angewiesen sind, sehr übel aufgenommen.« Israelische Liberale sind der Meinung, das neue Gesetz spiegle die verstärkte Machtposition der religiösen Politiker Israels, die der konservative Ministerpräsident Begin zur Erweiterung seines Kabinetts braucht. Die auf sozialistischer Basis beruhenden Regierungen Israels hatten die Verabschiedung zahlreicher Antimissionsgesetze blockiert. Damals wurde man mit missionarischen Störenfriedern auf einfachere Weise fertig: man verlängerte ihre Visa nicht und zwang sie, das Land zu verlassen.

Leserbrief von Hanna Kaldany, Bischof der röm.-kath. Kirche in Israel, an die »Jerusalem Post«¹

An die Redaktion der »Jerusalem Post«

Sehr geehrter Herr!

Der Gesetzentwurf gegen »die Mission«, dessen erste Lesung am 5. Dezember [1977] in der Knesset stattfand², betrifft in keiner Weise die Aktivitäten der katholischen Kirche in Israel. Obwohl ich nur in meiner Eigenschaft als Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in diesem Lande sprechen kann, möge es mir erlaubt sein, eine Passage aus der Erklärung zu diesem Thema zu zitieren,

¹ Aus dem Englischen übertragen von Iris Malitz. In: »The Jerusalem Post. International Edition.« No. 894, Jerusalem, 20. 12. 1977.

² Vgl. auch: New law prohibits bribing converts. In: »The Jerusalem Post. International Edition.« No. 896, 3. 1. 1978.

die am 14. Juli 1963 veröffentlicht wurde und unterschrieben ist von den Oberhäuptern aller hier repräsentierten christlichen Kirchen:

»Wir nützen die ökonomische Situation des israelischen Bürgers, seine Armut, seine Arbeitslosigkeit, seine unzureichenden Wohnverhältnisse oder seinen Wunsch, zu emigrieren, nicht aus, um ihn zur Konversion zu bewegen: Weil Glauben in unseren Augen ein freies Geschenk Gottes und eine uneigennützigte Antwort von Seiten des Menschen ist. Noch schlagen wir, mit Blick auf eine Bekehrung, einen Vorteil aus einer negativen persönlichen Haltung, die einige Juden gegenüber Israel haben mögen, sei es, dass sie durch Gefühle der Bitterkeit oder durch das Verlangen, ihrem Judentum zu entkommen, deutlich ist; denn wir sind davon überzeugt, dass ein Jude, der Christ wird, immer noch ein Angehöriger seines Volkes bleibt, wie er es von Geburt an war.«

Seitdem hat sich dieser Standpunkt nicht geändert. Ich bin deshalb um so mehr von den Ausbrüchen bestimmter Mitglieder der Knesset während der Sitzung am 5. Dezember überrascht, von der Verdrehung der Tatsachen und der Übertreibung von Zahlen, die man bei dieser Gelegenheit gehört hat.

Auf der anderen Seite möchte ich den Mitgliedern der Knesset und den Journalisten meine tiefe Anerkennung aussprechen, die sich bereit zeigten, die Dinge im richtigen Licht zu sehen. Ich entsinne mich, dass bei einem früheren Versuch, dasselbe Gesetz durchzubringen, der verstorbene Levi Eshkol die Argumente der Befürworter durch die Vorlage von Fakten und Zahlen erfolgreich zurückwies.

Es gehört zum Wesen des Rechts, zuerst und vor allem, die Schwachen zu beschützen. Man fragt sich, ob das neue Gesetz in seiner vorgeschlagenen Form auch die Christen, die inmitten einer jüdischen Gesellschaft leben, vor den Nötigungen und Versuchungen schützen wird, die nicht wenige dazu gebracht haben, unter Zwang ihre Religionszugehörigkeit zu wechseln.

Bischof Hanna Kaldany
Oberhaupt der römisch-katholischen
Kirche in Israel
Nazareth

8 Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Auschwitz-Birkenau am 23. November 1977

Dem »Bulletin« des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (22/125), Bonn, 8. 12. 1977, S. 1169 entnehmen wir den Wortlaut der folgenden Ansprache:

»Eigentlich gebietet dieser Ort zu schweigen. Aber ich bin sicher, dass der deutsche Bundeskanzler hier nicht schweigen darf.

Wir sind nach Auschwitz gekommen, um uns und andere daran zu erinnern, dass es ohne Erkenntnis der Vergangenheit keinen Weg in die Zukunft gibt, auch keinen Weg zu einem neuen und unbefangenen Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. In Auschwitz und in Birkenau kann niemand der Erkenntnis ausweichen, dass Politik etwas anderes ist, dass Politik mehr ist als ein Spiel von Macht und Interessen, dass Politik der moralischen Grundlage und der sittlichen Orientierung bedarf.

An diesem Ort wird zwingend deutlich, dass Geschichte nicht nur als eine kausale Kette von Ereignissen und Handlungen verstanden werden kann, sondern dass Ver-